

C10 Dem Schleifen des Sozialstaats entschlossen entgegentreten, dem Kälte-Kanzler den Kampf ansagen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Friedrich Merz und seine (C)DU haben den „Herbst der Reformen“ ausgerufen, denn
2 der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, sei mit dem, was wir
3 volkswirtschaftlich leisten, angeblich nicht mehr finanzierbar. Laut Millionär
4 und Kurzstreckenflieger Merz würden wir seit Jahren über unsere Verhältnisse
5 leben.

6 „Bullshit!“ sagte Bärbel Bas und wir sagen: „Richtig so!“ Der Sozialstaat ist
7 kein „nice-to-have“, keine Bonusleistung des Staates, sondern eine
8 verfassungsrechtlich gesicherte Pflicht des Staates und eine der größten
9 Errungenschaften unserer Gesellschaft. Die SPD kämpft dafür gemeinsam mit den
10 Gewerkschaften seit Jahrzehnten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, für den
11 Erhalt und den Ausbau des Sozialstaats zu streiten. Für uns ist klar: Was wir
12 uns nicht leisten können, sind 249 Milliardäre, die in Luxus leben, den wir alle
13 erwirtschaftet haben. Wie sie ruhig schlafen können und meinen, sie hätten ihren
14 Wohlstand verdient, während fast 3 Millionen Kinder in Deutschland in Armut
15 aufwachsen, ist uns unverständlich. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit
16 werden wir niemals akzeptieren.

17 Wir erleben zunehmend Angriffe auf unsere sozialen Sicherungen: Das Bürgergeld
18 soll weg, die Lebensarbeitszeit soll verlängert werden und die Rente sollen wir
19 am Besten nie durch die fortwährende Erhöhung des Eintrittsalters nie erreichen.
20 Kaum machen Meldungen über den hohen Krankenstand von Arbeitnehmer:innen in
21 Deutschland die Runde, wittern die Arbeitgeber:innen Morgenluft und fordern eine
22 Begrenzung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Arbeit und noch mal mehr
23 Arbeit gelten als Heilsbringer: Mehr Arbeit soll zu gesellschaftlichem Aufstieg
24 und wirtschaftlichem Wachstum führen. An der aktuellen wirtschaftlichen Flaute
25 seien wir alle schuld, weil wir schlichtweg zu wenig leisten würden. Ein Blick
26 auf die Zahlen allerdings zeigt, um bei Bärbel Bas zu bleiben: Das ist Bullshit!
27 In Deutschland wird so viel gearbeitet wie noch nie. Derzeit sind rund 46
28 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig - ein Höchststand seit der
29 Wiedervereinigung.

30 Und auch wenn Bärbel Bas den Vorschlägen des Kanzlers, den Sozialstaat zu
31 kürzen, zunächst eine Absage erteilt, kündigt sie eine weitere Nullrunde im
32 Bürgergeld und härtere Sanktionen für Bürgergeldempfänger:innen an. Damit gibt
33 sie Wasser auf die Mühlen der Reaktionären und Rechten, von AfD, CDU und FDP,
34 die fernab von Fakten immer wieder den Sozialneid schüren: Das Bürgergeld sei
35 viel zu hoch, würde Zuwanderung anlocken, Faulheit belohnen, Arbeit unattraktiv
36 machen. Angeblich würden die Kürzungen der Bezüge im Bürgergeld ein erhebliches
37 Sparpotenzial darstellen – ein Blick in den Haushalt dagegen zeigt: Die Ausgaben
38 für das Bürgergeld stellen lediglich sieben Prozent des Haushalts dar. Um es mit
39 Bärbel Bas' Worten zu sagen: Auch die Nullrunde im Bürgergeld ist schlichtweg:
40 Bullshit!

41 Anfang 2026 soll die „Neue Grundsicherung“ in Kraft treten, bei der die Rückkehr
42 zum „Vermittlungsvorrang“ im Fokus stehen soll. Erwerbslose sollen
43 schnellstmöglich wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, anstatt zielgerichtet
44 und nachhaltig weitergebildet und dann erst vermittelt zu werden. Die zu
45 befürchteten „Drehtüreffekte“ von kurzfristiger Beschäftigung und
46 darauffolgender Erwerbslosigkeit im Wechsel werden ausgeblendet, denn „auch
47 einfache Tätigkeiten können ein Sprungbrett sein“, so die Arbeitsministerin - in
48 der Realität sind sie es aber oft nicht. Denn sobald die „einfache Tätigkeit“
49 wegautomatisiert oder weggekürzt wird, steht die Person wieder vor dem Nichts.
50 Um den Vermittlungsvorrang durchzusetzen, sollen die Sanktionen drastisch
51 verschärft werden. Wer wiederholt „zumutbare Arbeit“ verweigert, soll das
52 Bürgergeld weitestgehend gestrichen bekommen. Ausgenommen davon sind nur die
53 Kosten für Unterkunft und Heizung. Das ist ebenfalls schlichtweg Bullshit, sogar
54 verfassungswidriger Bullshit! Denn dieser Ansatz steht im Widerspruch zu den vom
55 Bundesverfassungsgericht 2019 als verfassungswidrig verurteilten
56 Leistungskürzungen um mehr als 30 Prozent.

- 57 • **Die geplante „neue Grundsicherung“ lehnen wir entschieden ab.** Als SPD
58 sagen wir klar: Wir wollen eine **sanktionsfreie Grundsicherung**, die allen
59 Menschen echte Sicherheit gibt, indem sie Armut zuverlässig verhindert.
60 Grundsicherung bedeutet für uns nicht bloß Existenzminimum, sondern ein
61 selbstbestimmtes Leben mit **gesellschaftlicher Teilhabe**.
- 62 • Statt der Wiederbelebung des Vermittlungsvorrangs fordern wir die
63 Bundesregierung dazu auf, die **nachhaltige Qualifizierung der**
64 **Leistungsbeziehenden und einen Umgang auf Augenhöhe in den Mittelpunkt der**
65 **Vermittlung** zu stellen, um eine reelle Chance auf eine Reintegration in
66 den Arbeitsmarkt zu gewährleisten anstatt eine Vermittlung um jeden Preis
67 zu forcieren.
- 68 • Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Vertreter:innen der SPD
69 in der Regierung sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
70 die **Einführung von Totalsanktionen zu verhindern** und diesen eine **klare**

71

Absage zu erteilen!

72

- **Wir fordern außerdem endlich die Einführung einer echten Kindergrundsicherung!** Mit dem Scheitern der Ampel-Koalition scheiterten auch die längst verabredeten Bestrebungen, eine Kindergrundsicherung zu schaffen, die diesen Namen verdient. Wir fordern deswegen die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung einzusetzen! Kinder müssen konsequent aus der elterlichen Grundsicherung herausgelöst werden. Sie dürfen nicht länger Teil der Bedarfsgemeinschaften sein. Kinder haben ein eigenes Recht auf soziale Sicherheit, unabhängig von den Lebensumständen ihrer Eltern. Diese Grundsicherung muss armutsfest sein, Teilhabe garantieren und allen Kindern einen guten Start ermöglichen. Kinderarmut ist kein Zufall, sondern das Ergebnis eines ungerechten Systems, das sozioökonomische Ungleichheit von Generation zu Generation weitergibt. In einem der reichsten Länder der Welt lebt jedes fünfte Kind in Armut. Wir sagen klar: Armut darf nicht vererbt werden. Es darf nicht länger sein, dass reiche Familien über Kinderfreibeträge privilegiert werden, während arme Kinder mit zu wenig abgespeist werden. Wir wollen die **Streichung der Kinderfreibeträge** und fordern stattdessen eine solidarische Finanzierung der Kindergrundsicherung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Herkunft nicht über die eigene Zukunft entscheidet. Dafür ist die Einführung einer Kindergrundsicherung für uns der entscheidende Schritt.

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

80 Prozent der Menschen im Bürgergeld macht es Angst, wie Politiker:innen derzeit über sie sprechen. Nicht mal jede:r Zehnte von ihnen hat das Gefühl, Politiker:innen hätten ein realistisches Bild davon, wie es ihnen geht. In der Realität verzichten mehr als die Hälfte der Leistungsbeziehenden selbst auf Essen, um ihre Kinder besser ernähren zu können.

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

Die gesellschaftliche Debatte findet aber fernab von dieser Realität, dem täglichen Verzicht, der psychischen Belastung, der Angst und der Scham, der Stigmatisierung und den schlechten Erwerbsaussichten statt. Sie zielt stattdessen auf die sogenannten "Totalverweigerer" und Leistungsmisbrauch ab. Auch Bärbel Bas spricht von „mafiosen Strukturen“, die es zu „zerschlagen“ gelte. Dabei gibt es keine Datengrundlage, die den behaupteten organisierten Sozialleistungsbetrug als strukturelles Problem belegt. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" beläuft sich auf etwa 14.000 Menschen. Aktuell beziehen in Deutschland 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, darunter Kinder und Jugendliche, Kranke und Pflegende, Erziehende und Arbeitende, die durch das Bürgergeld ihren geringen Lohn aufstocken. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" ist mit 0,25 Prozent der Leistungsbeziehenden verschwindend gering. Aus einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung ging außerdem hervor, dass es im letzten Jahr etwa 421 Fälle von „bandenmäßigen Leistungsmisbrauch“ gab - das entspricht 0,008 Prozent der Leistungsbeziehenden. Anstatt das Märchen des Sozialbetrugs weiter zu befeuern, müssen wir das Augenmerk auf den

114 tatsächlich stattfindenden systematischen Missbrauch unseres Systems richten:
115 der Kampf gegen Steuervermeidungsstrategien von Vermögenden, die Bekämpfung der
116 Cum-Ex-Geschäfte oder die leichte Vermeidbarkeit der Erbschaftsteuer sind gute
117 Ausgangspunkte. Diese fehlgeleitete Debatte ist politisches und
118 gesellschaftliches Gift. Sie schürt Misstrauen, versucht Kürzungen bis unter das
119 Existenzminimum zu rechtfertigen und delegitimiert Menschengruppen und ist
120 Ausdruck eines grundlegenden Systemversagens.

121 **Alles für Alle, Alle für Alle!**

122 Wir stellen uns entschieden gegen eine Gesellschaft, in der das Recht des
123 Stärkeren gilt und jede:r gezwungen ist, nur für sich selbst zu kämpfen. Unser
124 Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen füreinander
125 Verantwortung übernehmen. Die Starken dürfen aufgrund ihrer Privilegien oder aus
126 Bequemlichkeit und Gewohnheit nicht noch weiter entlastet werden. Sie müssen
127 mehr Verantwortung tragen und jenen zur Seite stehen, die Unterstützung
128 brauchen.

129 Solidarität ist für uns kein leeres Wort, sondern der Kern eines gerechten
130 Sozialstaats. Ein solcher Staat darf niemanden stigmatisieren, sondern muss
131 allen auf Augenhöhe begegnen und verlässlich dafür sorgen, dass niemand in
132 Armut, Ausgrenzung oder Existenzangst leben muss.

133 Wir wissen: Die Realität, in der wir leben, steht dem diametral entgegen. Das
134 kapitalistische System produziert systematisch Ungleichheit, grenzt Menschen aus
135 und spaltet unsere Gesellschaft immer tiefer. Unser Verständnis des Sozialstaats
136 ist deshalb mehr als nur ein Reparaturbetrieb - er ist ein Werkzeug, um mit den
137 ausbeuterischen Logiken des Kapitalismus zu brechen.

138 Ein echter Sozialstaat ist keine Option, sondern eine Garantie. Er muss allen
139 Menschen in jeder Lebenslage ein Leben in Würde und tatsächlicher Freiheit
140 sichern. Das heißt: nicht nur Risiken abfedern, sondern echte Chancen auf
141 selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Selbst wenn man scheitert, darf das
142 nicht den Absturz ins Bodenlose bedeuten.

143 Darum gilt für uns als Partei: Ob Jobverlust, Krankheit oder jede andere
144 Veränderung des eigenen Lebens – niemand darf durchs Netz und unter das
145 Existenzminimum fallen. Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, sorgt dafür,
146 dass niemand gezwungen ist, in Angst, Armut oder Abhängigkeit zu leben.

- 147
- 148 • Statt in den Chor der Angriffe der CDU auf den Sozialstaat und seiner
149 Leistungen mit einzusteigen, muss die **SPD den Sozialstaat und das System**
der sozialen Sicherung verteidigen! Kürzungen der öffentlichen
150 Daseinsvorsorge und Sozialabbau dürfen niemals die Antwort sein! Wir
- 151

- 152 fordern deswegen alle Mitglieder der Bundesregierung, der
153 Bundestagsfraktion und der SPD - Landtagsfraktionen dazu auf, sich an
154 dieser Scheindebatte nicht zu beteiligen, sondern eine faktenbasierte
155 Debatte zu führen. **Die SPD muss gegen die drohende Deregulierung, der Schwächungen von Arbeitnehmer:innenrechten und Gewerkschaften eintreten!**
- 156 • **Wir müssen die Sozialversicherungen zu solidarischen Bürgerversicherungen ausbauen!** Die jetzigen Sozialversicherungen sind ein Flickenteppich, der soziale Ungleichheit zementiert: Wohlhabende kaufen sich mit privaten Zusatzversicherungen aus der Solidarität frei, während prekär Beschäftigte und Erwerbslose die Lasten des Systems schultern. Nur mit einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle unabhängig von Erwerbsstatus, Einkommen oder Lebenslage einzahlen und den gleichen Anspruch auf Absicherung erhalten, können wir dieses Klassensystem aufbrechen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind nichts anderes als ein Schutzschild für Reiche und gehören abgeschafft. Wer mehr verdient, trägt auch mehr Verantwortung. Unser Ziel ist ein System, das konsequent solidarisch ist, das Privilegien der Besserverdienenden beseitigt und soziale Sicherheit als gesellschaftliches Recht verankert - nicht als Marktprodukt für die, die es sich leisten können.
- 170 • **Wir müssen die Arbeitslosenversicherung neu denken!** Arbeitslosigkeit ist
171 kein individuelles Versagen, sondern die direkte Folge eines
172 kapitalistischen Systems, das Menschen nach Profitlogik verwertet und
173 aussortiert. Wer in diesem System ohne Arbeit bleibt, wird stigmatisiert
174 und in die Armut gedrängt - genau das wollen wir beenden. Deshalb fordern
175 wir eine **Jobgarantie**. Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Rechts,
176 jederzeit in Arbeit kommen zu können. Niemand darf mehr von der
177 Arbeitslosenversicherung in die Grundsicherung durchgereicht werden. Der
178 soziale Arbeitsmarkt und gezielte öffentliche Förderung müssen
179 sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit verfügbar ist – nicht nur für die
180 „Verwertbaren“, sondern für alle.
- 181 • **Wir müssen die Rente endlich armutsfest machen!** Die neoliberale
182 Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Rente zu einem Spielball der
183 Finanzmärkte gemacht: Beitragskürzungen, Privatisierung und das Auslagern
184 von Verantwortung auf kapitalgedeckte Modelle. Das Ergebnis heißt
185 Altersarmut. Damit muss Schluss sein. Eine solidarische Gesellschaft
186 garantiert ein gutes Leben auch im Alter. Deswegen müssen wir das
187 Rentenniveau bei mindestens 53 Prozent stabilisieren und konsequent an die
188 Lohnentwicklung koppeln. Wer mehr verdient, muss endlich auch mehr
189 beitragen: Die Beitragsbemessungsgrenzen sind Privilegien für Reiche und
190 gehören abgeschafft. Gleichzeitig deckeln wir die maximal erreichbaren
191 Entgeltpunkte und führen so eine **Maximalrente** ein, die Exzesse nach oben
192 verhindert. Altersabsicherung ist kein Spielplatz für Luxus, sondern ein
193 Schutz vor Armut. Versicherungsfremde Leistungen – Grundrente, Mütterrente

194 und andere – müssen vollständig steuerfinanziert sein. Steuerzuschüsse
195 sind für uns unverzichtbar, um die Rente armutsfest zu machen.
196 Rentenpolitik darf nicht länger ein Instrument sozialer Spaltung sein.
197 Deshalb müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten
198 Bürgerversicherung ausbauen: Selbstständige, Beamte:innen und alle
199 Erwerbstätigen zahlen ein. So verbreitern wir die Basis, schaffen
200 Gerechtigkeit und sichern das Solidaritätssystem. Gleichzeitig garantieren
201 wir mit einer Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, dass niemand im
202 Alter ins Elend fällt - egal ob durch prekäre Beschäftigung, Befristungen
203 oder Erwerbslücken. Altersarmut ist politisch gemacht - damit muss Schluss
204 sein!

- 205 • Wir erkennen an, dass unser Sozialsystem Lücken aufweist, die es zu
206 schließen gilt. Das System ist in seiner aktuellen Form nicht
207 zukunftsfähig, um den großen bevorstehenden Transformationen, wie dem
208 demographischen Wandel, trotzen zu können. Wir müssen auf diese Fragen
209 soziale und gerechte Antworten finden, die nicht darin bestehen, dass
210 Leistungs niveaus gekürzt werden. Insbesondere die
211 Generationengerechtigkeit darf dabei nicht unbeachtet bleiben.

212 Wir Jusos sind überzeugt: Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der
213 Schwächsten stehen. Unsere Partei ist aus dem Kampf um Augenhöhe zwischen
214 Arbeiter:innen und Arbeitgebenden gewachsen, um Machtungleichheiten und
215 Abhängigkeiten aufzubrechen, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen
216 und den kapitalistischen Verwertungslogiken den Kampf anzusagen. Unseren
217 Grundwerten liegt ein humanistisches Weltbild zu Grunde, in dem der Mensch
218 seinen Wert nicht erarbeiten muss, sondern ihn qua Geburt hat und ihn behält –
219 egal, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder nicht. Weil wir der festen
220 Überzeugung sind: der Wert eines Menschen darf niemals an Bedingungen geknüpft
221 sein!

222 **Das Treten nach unten nutzt nur den Rechten! Deswegen: her mit der Systemfrage!**

223 Bürgergeldbeziehende werden zu Sündenböcke für die anhaltende Wirtschaftsflaute
224 gemacht. Anstatt das Vermögen der Reichen anzufassen, wälzt die Bundesregierung
225 die Verantwortung für die fehlenden Haushaltssmittel auf Erwerbslose ab. Dabei
226 sind die Einsparungen beim Bürgergeld nicht nur aus ökonomischen und moralischen
227 Gründen fragwürdig. Es werden vor allem zwei Gruppen fälschlicherweise
228 gegeneinander ausgespielt: Arbeitnehmende und Erwerbslose. Durch die geplante
229 stärkere Bestrafung von Erwerbslosigkeit und die zunehmende soziale Ächtung von
230 Betroffenen, werden konkrete Abstiegsängste geschürt, die die Abhängigkeiten der
231 Arbeitnehmenden zu Arbeitgebenden erhöhen, Jobverlustängste befeuern, Akzeptanz
232 von schlechten Arbeitsbedingungen erhöhen und so das Leben der Menschen
233 verschlechtern. Dagegen vermehren Reiche weiterhin unbekümmert ihr Geld. So darf
234 das nicht bleiben! Statt das Treten nach unten zu befeuern, muss die
235

236 Sozialdemokratie endlich die Systemfrage stellen! Es kann nicht sein, dass die
237 reichsten 10 Prozent den Großteil des privaten Vermögens besitzen, während 20%
238 der Bevölkerung kein oder sogar negatives Vermögen haben. In kaum einem anderen
europäischen Land sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.

239 Diese Ungleichheit hilft vor allem rechten Parteien zum Wahlerfolg, die SPD hat
240 hier eine Lücke gelassen, die es zu schließen gilt. Die SPD muss sich der
241 Aufgabe annehmen, die Verteilungsfrage und die Bekämpfung der Ungleichheiten in
242 unserem Land wieder zu ihrer Aufgabe zu machen. Weil es nie dringender war, die
243 Ungleichheit endlich zu bekämpfen. Die Erzählung, dass es für echte linke
244 Politik keine Mehrheit in der Gesellschaft gäbe, ist falsch. So nehmen viele der
245 "neuen" AfD-Wähler:innen in wirtschaftspolitischen Fragen linke Positionen ein,
246 fordern eine Verringerung der Ungleichheit und einen höheren Mindestlohn. Die
247 AfD mobilisiert erfolgreich mit Ängsten und sozialer Verunsicherung. Diese
248 beruhen vor allem auf der Erfahrung von Wohlstandsverlusten, wie zur Zeit der
249 sogenannten Wende oder etwa durch plötzliche hohe Inflation. Diese Ereignisse
250 haben Zukunftsängste real werden lassen und die Schwäche der sozialen
251 Sicherungssysteme offenbart. Insbesondere die Transformationsprozesse, wie der
252 sozial-ökologische Wandeln, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung, werden
253 als Bedrohung des eigenen Status quo verstanden. Transformationsängste sind
254 Brandbeschleuniger für die Stimmungsmache von rechtsaußen. Es ist deswegen
255 unsere Aufgabe als Jungsozialist:innen und Teil der Sozialdemokratie, einen
256 positiven demokratischen Zukunftsentwurf zu entwerfen, in dem die
257 sozioökonomische Absicherung insbesonderer derjenigen, die vom Wandel des
258 Arbeitsmarktes betroffen sind, in den Mittelpunkt gestellt wird.

- 259 • Wir dürfen nicht länger nur über die Erhöhung der Erbschaftssteuern
260 sprechen, sondern müssen es endlich machen. Während jede achte Erbschaft
261 vermögenslos ist, geht die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumen an die
262 oberen zehn Prozent. Erbschaften verstärken die absolute Ungleichheit
263 enorm: Personen mit größerem kulturellem und ökonomischem Kapital haben
264 höhere Erbchancen und erhalten höhere Erbsummen. Ein ganz erheblicher
265 Unterschied zeichnet sich vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland ab.
266 Mit 33 Prozent ist die Erbquote deutlich geringer als in Westdeutschland,
267 wo sie bei 49 Prozent liegt. Jetzt, wenn sogar Jens Spahn bestehenden
268 Vermögensungleichheiten in unserem Land und die Notwendigkeit der **Reform**
269 der **Erbschaftssteuer** erkannt hat, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion
270 dazu auf, **schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf** in den
271 Bundestag einzubringen, bevor Jens Spahn links an der SPD vorbeizieht.
- 272 • **Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!** Große Vermögen sind
273 kein privates Spielgeld, sondern gesellschaftlich geschaffene Reichtümer -
274 und sie müssen auch der Gesellschaft zugutekommen. Die Vermögenssteuer ist
275 für uns ein wichtiges Gerechtigkeitswerkzeug. Während Beschäftigte und
276 Erwerbslose jeden Euro versteuern, werden Milliardenvermögen unangetastet
277 gehortet. Damit muss Schluss sein: Dieser Reichtum muss endlich umverteilt

278

werden!

279

Klar ist: es besteht ein Haushaltsloch von etwa 30 Milliarden Euro im Haushalt für 2027, das geschlossen werden muss. Dies wurzelt vor allem auf den höheren Zinskosten der kriegsbedingten Staatsverschuldungen, etwa um der Corona-Pandemie und der Energiekrise zu begegnen, sowie den steigenden Zinssätzen. Die Zinskosten steigen bis 2029 um über 32 Milliarden Euro. Dazu kommt eine geplante Schuldentilgung von 9 Milliarden Euro, insgesamt 41 Milliarden Euro. Das stellt mehr als die Hälfte der Haushaltsschlüsse von 74 Milliarden Euro in diesem Jahr dar. Ein wesentlicher Teil der Haushaltsschlüsse ergibt sich damit aus den Zins- und Tilgungskosten der aufgenommenen Kredite. Dazu kommen die Ausgaben für verteidigungspolitische und infrastrukturelle Sondervermögen. Das Problem liegt also nicht in einem aufgeblasenen und überbordenden Sozialstaat, sondern vielmehr in der Bewältigung der Krisen der letzten Jahre und der Herausforderungen der Zukunft.

292

Vor diesem Hintergrund ist es keine Option diese Lasten durch Leistungskürzungen bei der breiten Bevölkerung und insbesondere bei denjenigen Menschen, die besonderes vom Sozialstaat abhängig sind, abzuladen, während Wohlhabende und Einkommensstarke von diesen Maßnahmen nicht betroffen und durch die Unternehmenssteuersenkung sogar entlastet werden.

297

- Deswegen fordern wir die **Erhebung eines Krisen-Solidaritätszuschlags zur Einkommens- und Körperschaftssteuer für die reichsten zehn Prozent** unserer Bevölkerung! Dieser könnte schnell und unbürokratisch erhoben und an sich gegebenenfalls ändernde Bedarfe angepasst werden. Die Lasten der Krisen unserer Zeit müssen solidarisch von den starken Schultern getragen werden, anstatt die Kettensäge an den Sozialstaat anzulegen!

303

- Gerade in Zeiten der Krise haben viele Unternehmen ihre Profite massiv gesteigert. Energie- und Rüstungskonzerne, aber auch zahlreiche andere Branchen, haben die allgemeine Inflation genutzt, um Preise weit über das Notwendige hinaus zu erhöhen und so ihre Gewinne auf Kosten der Verbraucher:innen zu maximieren. Diese Gewinn-Preis-Spirale hat die ohnehin steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich verschärft. Wir sagen klar: Diese Bereicherung auf dem Rücken der ökonomisch Schwachen darf nicht hingenommen werden. Übergewinne müssen abgeschöpft und zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Unser Ziel ist eine **effektive Übergewinnsteuer, die die krisenbedingten Extraprofite abschöpft**. Wir begrüßen eine einheitliche europäische Lösung, die rückwirkend für das Jahr 2022 gilt. Sollte diese jedoch unzureichend sein, sei es durch fehlende Rückwirkung, die Auslassung bestimmter Branchen oder eine zu geringe Höhe, muss sie durch eine konsequente bundesrechtliche Regelung ergänzt werden. Darüber hinaus braucht es ein **verschärftes Kartellrecht**, das es ermöglicht, Konzerne bei der Ausnutzung von

319

320 Marktmacht auch tatsächlich zu zerschlagen. Gewinne von
321 Kapitalgesellschaften müssen zusätzlich stärker und progressiv besteuert
322 werden. Denn in einer solidarischen Gesellschaft darf Profitgier nicht
belohnt werden, sondern muss demokratisch eingehetzt werden.